

Erklärung des Vorstandes des Willy Brandt Kreises zur geplanten Stationierung von US-amerikanischen Langstreckenwaffen, 31. Juli 2024

Es ist sehr zu begrüßen, dass der Erhard Eppler Kreis die Diskussion über die geplante Stationierung von konventionell bestückten Langstreckenwaffen in Deutschland eröffnet hat. Wir unterstützen die Impulse des Kreises für eine vertiefte Diskussion der Problematik nachdrücklich.

Die bilaterale Vereinbarung zwischen der deutschen und der US-amerikanischen Regierung zur Stationierung landgestützter Mittelstreckenwaffen mit einer Reichweite von bis zu 3000 km darf nicht aus der Exekutive heraus getroffen werden. Es braucht eine ausführliche, tiefgehende Diskussion in unserem Land, im Parlament, in den Parteien und auch innerhalb der NATO Mitgliedsstaaten sowie konzeptionelle Erklärungen.

Zu den Argumenten, die in diesen Abwägungsprozess für eine dauerhafte Stationierung einbezogen werden müssen, gehören folgende:

- In der gemeinsamen Erklärung des Washingtoner NATO-Gipfels ist kein Bezug auf die bilaterale Vereinbarung zwischen der deutschen Regierung und der US-amerikanischen Regierung enthalten. Die bilaterale Vereinbarung bedeutet deshalb eine Singularisierung Deutschlands in Europa, da die Risiken der Stationierung nicht von den europäischen Partnern geteilt werden. Deutschland würde zu einem vorrangigen Ziel russischer Raketenangriffe.
- Die Stationierung landgestützter Langstreckenwaffen hat das Potenzial von deutschem Boden aus auch Ziele von strategischer Bedeutung Russlands anzugreifen.
- Gegenüber bereits vorhandenen see- und luftgestützten Systemen werden die verbleibenden Warnzeiten teilweise drastisch verkürzt. Dies bedeutet ein hohes Risiko von Fehlwahrnehmungen und Fehlreaktionen – mit möglicherweise katastrophalen Folgen.
- So lange es keine umfassende Abrüstung gibt, wird man auf Abschreckung nicht verzichten können. Mit dieser Feststellung kann aber nicht jede Rüstungsmaßnahme automatisch gerechtfertigt werden.

Ob sich angesichts der vorhandenen luft- und seegestützten Fähigkeiten von konventionellen Präzisionsflugkörpern der NATO wirklich eine Erhöhung des Abschreckungseffekts durch neue, landgestützte Langstreckenwaffen ergibt, ist umstritten. Aber selbst wer die Notwendigkeit von neuen Systemen behauptet, muss die dramatischen Risiken, die damit verbunden wären, wie z.B. eine verstärkte nukleare Bedrohung durch Russland, deutlich machen und abwägen.

Uns besorgt vor allem, dass in den Plänen in keiner Weise reale Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie es zu notwendigen Gesprächen und Vorschlägen zu gangbaren Rüstungskontrollschritten kommen kann. Die Gefahr ist akut, dass es zu einem neuen, teuren und gefährlichen Rüstungswettlauf auf Seiten der NATO und Russlands kommt und die nukleare Bedrohung zudem gesteigert wird.

Das müssen wir mit allen politischen Möglichkeiten verhindern. Wir benötigen stattdessen neue Impulse für internationale Zusammenarbeit, damit die drängenden Krisen der Welt angepackt werden und nicht enorme Ressourcen in ein erneutes Wettrüsten fließen. Der UN-Zukunftsgipfel, der im September 2024 in New York stattfindet, sollte ein solcher äußerer Anlass sein.